Kaiseraugst : ein Nein liegt in der Luft

Autor(en): **Jäger, Franz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **3 (1981)**

Heft 2

PDF erstellt am: **11.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-585963

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

SES
Schweizerische
Energie-Stiftung

Fondation Suisse
pour l'Energie

Fondazione Svizzera
per l'Energia

SES Notizen

2/81

KAISERAUGST: Ein NEIN liegt in der Luft

Das Atomkraftwerk Kaiseraugst darf weder bewilligt noch gebaut werden. Die Baubewilligung verstiesse gegen Art.3 des revidierten Atomgesetzes. Diese Bestimmung schreibt nämlich vor, dass weitere AKW nach Gösgen und Leibstadt nur errichtet werden dürfen, wenn ein genügender inländischer Bedarf nachgewiesen werden kann. Dabei, so verlangt es das Gesetz weiter, ist den Sparmöglichkeiten und den Alternativenergien Rechnung zu tragen. Und dieser Bedarfsnachweis konnte von den hierfür zuständigen Gremien bislang nicht erbracht werden.

Der Fehler in der EEK-Prognose

Die Eidgenössische Energiekommission (EEK) hat dem Bundesrat bekanntlich die Entscheidunterlagen für die Bewilligung weiterer AKW in der Schweiz zu liefern. Die Auffassung ihrer Mitglieder bewegt sich - wie man weiss - in einem breiten Spektrum. Immerhin soviel steht fest: Nur ein Drittel der Mitglieder erachtet den Bedarfsnachweis für ein bis zwei nukleare Grossanlagen in den nächsten zehn Jahren als erbracht. Ein zweites Drittel erkennt lediglich eine Versorgungslücke, die so klein ist, dass sie auch mit dezentralen Alternativ-Anlagen geschlossen werden könnte. Das dritte Drittel sieht überhaupt keinen Bedarf für neue Nuklearanlagen in den nächsten zwei Jahrzehnten.

Nun ist aber sogar der EEK - trotz gründlicher Arbeit - ein schwerwiegender Rechnungsfehler unterlaufen. Zu diesem fast sensationellen Ergebnis kommt eine ausführliche Studie, die von der SES in Zusammenarbeit mit den übrigen Umweltorganisationen erarbeitet worden ist. Danach hat die EEK drei Viertel jenes Sparpotentials in die Bedarfsprognosen einzubauen vergessen, das durch die Elektrizitätswirtschaft ohne Verfassungs- und Gesetzesänderungen realisiert werden könnte. Nach Korrektur dieses Fehlers kann der Bedarfsnachweis für Kaiseraugst auch vom befürwortenden Drittel der EEK nicht mehr erbracht werden.

Unrealistische Zweckprognosen der Elektrizitätswirtschaft

Die ursprünglichen überrissenen Perspektiven im 10-Werke-Bericht der Elektrizitätsgesellschaften wurden somit auch von Expertenseite vollends als wissenschaftlich unhaltbare Wunschprognosen entlarvt. Sie markieren bestenfalls eine pessimistische Prognosenobergrenze, sind getragen von Zweckpessimismus und dienen offensichtlich nur dazu, die durch Planung und Vorinvestitionen geschaffenen Sachzwänge im Nachgang zu legitimieren. Da werden nämlich alle pessimistischen Rahmenfaktoren kumuliert, zum Teil sogar solche, die sich ökonomisch ausschliessen. Wenn zum Beispiel eine reale Oelpreissteigerung von 5% und gleichzeitig ein reales Bruttosozialproduktswachstum von 2,8% prognostiziert wird, so ist das nicht anderes als die "Quadratur des Zirkels". Kein Oekonom wird eine solche Perspektive unterschreiben wollen.

Das AKW Kaiseraugst ist unötig

Die Umweltorganisationen haben für ihre Perspektiven ein streng wissenschaftliches Vorgehen gewählt. So wurde zunächst einmal zwischen den unbeeinflussbaren Prognoseparametern (z.B. Oelpreise, Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum) auf der einen und den politisch beeinflussbaren Prognoseparametern (z.B. Spar- und Alternativförderungsstrategien) auf der anderen Seite unterschieden.

Bei der Aufzeichnung der verschiedenen Energieszenarien haben wir nicht nur die nicht beeinflussbaren Rahmenfaktoren variiert, sondern auch alternative (d.h. konventionell-expansive oder sparfreundliche) Angebotsstrategien berücksichtigt. Gerade letztere erweisen sich offenbar für die Bedarfsentwicklung als entscheidend. Es hat sich nämlich gezeigt, dass die Festlegung plausibler Energiebedarfsszenarien bzw. eine Ausrechnung des mutmasslichen Entwicklungspfades gar nicht möglich ist, bevor die politisch zu beschliessenden Angebots- und Nachfragestrategien (Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen über Sparmassnahmen, Alternativenergien, Energieabgabe, Energiepreise usw.) feststehen. Ein Beispiel: Die Elektrizitätsbedarfsprognose wird deutlich niedriger als prognostiziert ausfallen, wenn anstelle der von der Elektrizitätswirtschaft geförderten Elektrowiderstandsheizung ein Verbot oder zumindest die Förderung von Wärmepumpen und Wärme-Kraft-Koppelungs-Anlagen vorgezogen würde. Welchen Weg man gehen will, muss jedoch politisch entschieden werden.

Verletzung des Atomgesetzes

Was also schon durch die Auffassung der Zweidrittelsmehrheit der EEK vorgezeichnet worden ist, wurde durch die Untersuchung der Umweltorganisationen in eindrücklicher Weise bestätigt:

- Für die Bewilligung eines weiteren Atomkraftwerks (nach Leibstadt) kann zur Zeit kein Inlandbedarf im Sinne von Art.3 des Atomgesetzes nachgewiesen werden.
- Ein JA zu Kaiseraugst verstiesse mithin gegen das vom Schweizervolk hoch angenommene Atomgesetz.

Letzteres sei vor allem an die Adresse jener gerichtet, die in anderem Zusammenhang keine Gelegenheit verpassen, an die Rechtsstaatlichkeit zu appellieren.
Es gibt aber noch andere, staatspolitische Aspekte, die Bundesrat und Parlament bei einem allfälligen JA zu Kaiseraugst zu bedenken haben. So sind in beiden Kantonen Basel überwältigende Abstimmungsmehrheiten gegen ein AKW in dieser Region zustande gekommen. Definitive Verbindlichkeit kommt diesen Beschlüssen zwar nicht zu. Dennoch: an der eindrücklichen Willenskundgebung des betroffenen Souveräns kommen auch Bundesrat und Parlament nicht vorbei.

Unterlaufen von Volksabstimmungen

Mit der Realisierung weiterer Atomkraftwerke nach Leibstadt, so auch mit einem allfälligen JA zu einem AKW Kaiseraugst oder Graben, würden sodann für die künftige Energieentwicklung entscheidende Weichen gestellt. Durch den Ausbau der Produktionskapazitäten würden für den Konsumenten neue Sachzwänge geschaffen. Sachzwänge im Bereich der Energiemengen, der Energiepreise und der Energiearten, Sachzwänge jedoch, die sich durch die Anbieteroligopolisten und -monopolisten auch gegen die Interessen der Steuerzahler und Konsumenten durchsetzen lassen.

Dass auf diese Weise die künftige Energiepolitik, das heisst konkret der Energieverfassungsartikel und die Energiegesetzgebung, präjudiziert würden, liegt auf der Hand. Das bedeutet nichts anderes, als dass energiepolitische Weichenstellungen, die an sich erst im Rahmen einer oder möglicherweise sogar mehrerer Volksabstimmungen vorgenommen werden dürfen, durch einen vorgezogenen AKW-Bau schlicht und einfach vorweggenommen würden. Wenn dadurch eine oder mehrere Volksabstimmungen umgangen werden können, so erleichtert das zwar die Verwirklichung der kühnen Expansionspläne der Elektrizitätswirtschaft, ob damit aber das Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden gestärkt wird, ist mehr als fraglich.

Demokratiekrise

In diesem Zusammenhang muss auch an einen Satz des seinerzeitigen Energieministers erinnert werden, der nicht unwesentlich zur glanzvollen Annahme des Atomgesetzes im Jahre 1978 beigetragen hatte. So versprach Bundesrat Willy Ritschard dem Schweizervolk damals vor der Abstimmung über das Atomgesetz: Das Atomgesetz gibt uns die Möglichkeit, Atomkraftwerke zu verhindern, wenn wir sie nicht brauchen". Da Kaiseraugst nicht gebraucht wird, liegt das Atomgesetz offenbar zur Zeit auf dem Prüfstand.

Oder noch etwas deutlicher ausgedrückt: Eine abschliessende Bewilligung eines weiteren Atomkraftwerkes nach Leibstadt durch die letzte Instanz, das Parlament, würde die Funktionsfähigkeit der schweizerischen direkten Demokratie einer schweren Belastung aussetzen.
Seit etwas mehr als einem Monat jagen sich Indiskretionen, Berichtigungen und Gerüchte aus dem Bundeshaus Schlag auf Schlag. Fest steht: Der bundesrätliche Kaiseraugst-Entscheid, der schon geraume Zeit hätte getroffen werden sollen, wurde immer wieder verschoben. Der Bundesrat tut sich offensichtlich schwer. Die Elektrizitätswirtschaft, aber auch das Parlament und die Basler Bevölkerung sind infolge dieses bundesrätlichen Zauderns verunsichert. Es mehren sich die Stimmen, die dem Bundesrat ganz offen Führungsschwäche, ja Versagen, in energiepolitischen Fragen vorwerfen.

Doch soviel kann heute schon gesagt werden: Der Bundesrat wird nach den Sommerferien entscheiden. Er wird dem Parlament ein JA beantragen und seinen Antrag allenfalls mit Auflagen verknüpfen. Damit gelangt der Ball zum Parlament. Zuerst in die Kommissionen, dann vor das Plenum, zunächst im Nationalrat, dann im Ständerat - oder umgekehrt. Sicher wird die Entscheidfindung in beiden Kammern erdauert werden müssen. Mit einem Jahr muss da schon gerechnet werden.

Die Oppositionsbewegung ist entscheidend

Und wie ist die Stimmung im Parlament? Ohne äussere Einflüsse, ohne Blick auf die Oeffentlichkeit, auf die öffentliche Meinung, lediglich aus der Interessenkonstellation heraus besehen, müsste sich nach meinem Dafürhalten auch im Parlament ein mehrheitliches JA zu Kaiseraugst einstellen. Die staatspolitischen Folgen einer solchen Entscheidung würden sich allerdings als verheerend erweisen. Das weiss man im Parlament. Schon der Entscheid des Bundesrates wird eine unüberblickbare Opposition in der ganzen Schweiz in Bewegung setten. Quer durch die Parteien und Organisationen, quer durch alle Bevölkerungskreise und sozialen Schichten, nicht nur in der betroffenen Region, sondern im ganzen Lande wird sich der Widerstand rühren.

Ob sich die beiden Parlamentskammern unter solchen Umständen und angesichts der Sachlage (kein Bedarf im Sinne des Atomgesetzes), angesichts sodann der enormen staatspolitischen Implikationen eines JA-Entscheides und angesichts der zu erwartenden politischen Spannungen mehrheitlich zu einem positiven Bewilligungsentscheid werden leiten lassen, kann ich mir kaum vorstellen. Zumal ein solcher Entscheid im Parlament unter Namensaufruf und damit im Schaufenster der öffentlichen Meinung zu treffen sein wird. - und das ungefähr ein Jahr vor den nächsten National- und Ständeratswahlen! Jedenfalls mehren sich schon heute auch im Parlament die Stimmen, wonach ein JA zu Kaiseraugst vorläufig "nicht drin liege" und der Entscheid über die Baubewilligung auszusetzen sei - zumindest solange, als der Energieartikel noch nicht beschlossen ist.

Ehrlicher und konsequenter wäre es allerdings, wenn sich das Parlament im Sinne der Umweltorganisationen, der betroffenen Basler Bevölkerung und im Sinne verschiedener Landesparteien, wie etwa SP und LdU, zu einem defini-

Fortsetzung auf Seite 7

Sorglose Schweiz

Nachdem der schweizerische Energieverbrauch 1979 endlich einmal um löbliche 1,9% gefallen war, ist er 1980 wieder um 3,5% angestiegen. Die Elektrizitätsverkäufer schafften gar eine Steigerung des Absatzes um 4,4%. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz damit wieder einmal einzigartig da. Weltweit wurden letztes Jahr 4,5 Prozent weniger Erdöl gefördert, in der Bundesrepublik ging der Primärenergieverbrauch um 4,2 Prozent zurück und in der Europäischen Gemeinschaft insgesamt gar um 4,5. Auch unser Nachbarland Oesterreich schaffte unter Bedingungen, die denen bei uns sehr ähnlich sind, einen Verbrauchsrückgang von zwei Prozent.

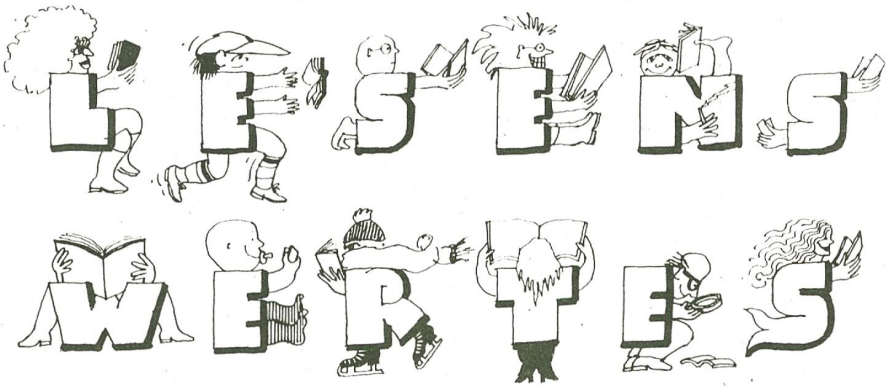
Die moralischen Sparappelle sind verhallt, eine wirksame Energiepolitik fehlt noch immer. Sicher, Spartechniken und Alternativenergien sind im Kommen und werden langfristig ihre Auswirkungen zeigen. Wegen Marktverzerrungen und bürokratischen Hindernissen geht das jedoch viel zu langsam. Die entschlosseneren Sparanstrengungen der anderen Industriestaaten und die weltweite Rezession haben den Oelpreis kurzfristig zum Stillstand gebracht und schon heisst es im Nationalrat, das Energieproblem sei "jetzt nicht merh dringlich". Eine Motion, in der SES-Präsident Franz Jäger und 43 Mitunterzeichner eine Reihe von dringlichen Massnahmen im Energiebereich gefordert hatten, wurde in allem Punkten mit grossem Mehr verworfen, nachdem sie anderthalb Jahre auf die Beratung hatte warten müssen. Immer breitere Kreise der Energiewirtschaft wenden sich inzwischen sogar gegen den Energieartikel für die Bundesverfassung, den der Bundesrat kürzlich vorgeschlagen hat - nicht etwa, weil er völlig unzureichend ist und fast wirkungslos bleiben wird, sondern weil er zu weit gehe und einen unnötigen Eingriff darstelle. Das kann man nur Vogel-Strauss-Politik nennen.

rs.

Fortsetzung von Seite 2

tiven NEIN zu Kaiseraugst durchringen könnte. Ob diese Hoffnung gar noch konkrete Realität werden wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob und wie breit und intensiv sich die Opposition in der schweizerischen Oeffentlichkeit manisfestieren wird.

Franz Jäger
Nationalrat
Präsident der SES



Der Megawatt-Clan

In einem Galopp von zwanzig Kapiteln gibt der Stern-Journalist Günter Karweina einen informationsgeladenen, manchmal etwas salopp geschriebenen Ueberblick über Macht und Machenschaften des Clans der Energiekonzerne, der heute wohl mächtigsten Interessengruppe der deutschen Wirtschaft. Gespickt mit Zitaten und Zahlen nimmt er Wachstumswahn, Prognosenzauber und zweifelhafte Propagandamethoden der Energiekonzerne aufs Korn, zeigt, was sie mit der Elektroheizung vorhaben, beschreibt wie sie in das Geschäft mit den Alternativ-Energien einsteigen und berichtet vom neuen Kohle-Boom. Engagiert setzt sich Karweina für die Förderung von Spartechniken und dezentrale Nutzung der Sonnenenergie ein und zeigt, dass nur mit ihrer Hilfe die Oelabhängigkeit abgebaut werden kann.

Günter Karweina: Der Megawatt Clan, Geschäfte mit der Energie von morgen. Ein Stern-Buch, Hamburg 1981, 287 Seiten, Fr. 20.--

---

Man kann sich nur freuen, dass Vorstellungen und Vorschläge, die von Umweltorganisationen und Atomkraftgegnern in den letzten Jahren oft unter dem Gespött der Meinungsmacher entwickelt und verbreitet wurden, nun immer mehr Wiederhall auch in den auflagenstarken Publikationen der grossen Medienkonzerne finden. Es ist höchste Zeit. Man kann dem Buch von Karweina nur eine grosse Verbreitung wünschen.

Ein wertvolles Nachschlagewerk

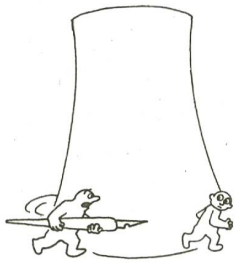
Der unermüdliche Anti-Atom-Kämpfer und Wachstumskritiker Holger Strohm hat schon wieder ein Buch auf den Markt gebracht. Mit tausendzweihundertzweiundneunzig Seiten ein wahrer Wälzer. Es handelt sich un die neubearbeitete und ganz wesentlich erweiterte Version seines zuerst 1973 erschienenen Standardwerkes für Atomkraftgegner "Friedlich in die Katastrophe". Rund zwei Drittel des Buches sind technisch-wissenschaftlichen Fragen wie Reaktorsicherheit, Strahlenschutz, Unfällen und ihren Folgen, Wiederaufbereitung und Atommüll gewidmet. Ausserdem werden aber auch

---

Holger Strohm: Friedlich in die Katastrophe, eine Dokumentation über Atomkraftwerke. Verlag Zweitausendeins, Frankfurt 1981, 1292 Seiten, Fr. 29.--

---

wirtschaftlich-politische Aspekte behandelt: Energieplanung, Arbeitsplätze, Wirtschaftlichkeit, Atomstaat, Alternativen, Macht und Ohnmacht der Bürgerinitiativen. Der in den letzten Jahren fast zum Wanderprediger gegen die Atomenergie gewordene Holger Strohm hat in seinem interessant und gut verständlich geschriebenen Werk eine ungeheure Informa-



tionsfülle verarbeitet. Mit seinen über dreitausendzweihundert Quellenangaben und zweiundvierzig Seiten Sachregister ist das Buch eine wahre Fundgrube für weiterreichende Recherchen. Leider habe ich jedoch mit der ersten vor acht Jahren erschienenen Ausgabe die Erfahrung gemacht, dass es Strohm damals in einigen Fällen nicht gelungen ist, die Faktenfülle richtig in den Griff zu bekommen, einige Hinweise waren irreführend. Inzwischen ist das vielgelesene Buch jedoch mehrfach überarbeitet worden und viele Sachverständige und Benützer haben dazu beigetragen. Das mit 29 Franken (mancherorts auch weniger) äusserst preiswerte Buch wird für viele, die sich kritisch mit Energiefragen beschäftigen, zu einem wertvollen Hilfsmittel werden.

rs.